

## **Protokoll der Sitzung der Gedenktafelkommission Friedrichshain-Kreuzberg vom 14. August 2013, 16.10 bis 18.20 Uhr**

Anwesende:

Jana Borkamp	Vorsitzende
Dr. Hans-Rainer Sandvoß	Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Martin Schönfeld	Büro für Kunst im öffentlichen Raum
Lothar Jösting-Schüßler	BVV-Fraktion Die Linke
Marie-Luise Körner	BVV-Fraktion der SPD
Hermann Minz	BVV-Fraktion der SPD
Jessica Zinn	BVV-Fraktion der Piratenpartei
Timur Husein	BVV-Fraktion der CDU
Martin Düspohl	Kult GL
Markus Runge	Gast zu TOP 4, Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. (NHU)
Helga Lieser	Gast zu TOP 4, F217
Matthias Burchard	Gast zu TOP 5, Verein zur Völkerverständigung mit MSOE e.V.

Entschuldigt: Dr. Dietlinde Peters, Stella Flatten (Gast zu TOP 4)

### **TOP 1 – BESTÄTIGUNG DER TAGESORDNUNG**

Die Tagesordnung wurde angenommen, TOP 6 entfällt.

### **TOP 2 – PROTOKOLLBESTÄTIGUNG**

Das Protokoll der Sitzung vom 17. April 2013 wurde ohne Änderungen angenommen.

### **TOP 3 - BERICHTE**

Frau Borkamp stellte sich als neue Stadträtin für Finanzen, Kultur und Bildung und damit gleichzeitig Vorsitzende der Gedenktafelkommission vor.

Neukonzeptionierung der Friedrichshainer Erinnerungslandschaft (DS/0047/IV): Herr Düspohl berichtete vom vierten Treffen der Arbeitsgruppe im Mai 2013, bei dem auch das Thema „Vorbereitungen zum 25. Jahrestag des Mauerfalls“ (DS/0542/IV) besprochen wurde (von der Gedenktafelkommission in dieses Gremium überwiesen). Die Diskussion dazu soll der BVV und dem Ausschuss für Kultur und Bildung zur Beschlussfindung über den Antrag übermittelt werden. Außerdem wurde über den Stand des Webportals und des Buchprojekts „Kleine Friedrichshaingeschichte“, das im November erscheinen soll, berichtet.

Es wurde über die Einweihung der Silvio-Meier-Straße, der Gedenkstellen für das Vorwärtsgebäude der SPD sowie der Gedenktafel für Friedrich Ebert berichtet.

### **TOP 4 – AUSWERTUNG ERINNERUNGSPROJEKT FONTANEPROMENADE 15**

Es wird festgehalten, dass die Veranstaltung zur Erinnerung an das Berliner *Zwangs*Arbeitsamt für Juden 1938–1945 am 23. Mai 2013 ein weites positives Echo fand. Verstimmungen zwischen den Beteiligten traten während der Veranstaltung nicht zutage. Es folgte eine Aussprache über die bei der Vorbereitung des Projekts entstandenen Konflikte in der Arbeitsgruppe. Diese bestanden in Unklarheiten und Meinungsverschiedenheiten über die Arbeitsverteilung innerhalb der Arbeitsgruppe, die Einwerbung der notwendigen Finanzen, ein begleitendes Partizipationsprojekt und seine Außendarstellung sowie die Öffentlichkeitsarbeit.

Von Seiten des Nachbarschaftshauses Urbanstraße (NHU) wurde die starke öffentliche Resonanz für das Partizipationsprojekt hervorgehoben. Es wurde angemerkt, dass eine frühzeitigere und intensivere Kommunikation mit dem FHXB Museum wünschenswert gewesen wäre. In der Auswertung des Projekts wurden Informationslücken zwischen Beteiligten kritisiert.

Weiterhin wurde noch einmal die Frage gestellt, ob der gelbe Farbanstrich der Bank auf der Fontanepromenade eine temporäre Intervention bleiben oder verstetigt werden soll, da sich Anwohner für den Verbleib dieser gelben Bank ausgesprochen hatten. Die Mehrheit der Kommissionsmitglieder sprach sich dafür aus, sie nach dem Ablauf des Projektzeitraums wieder zu entfernen. Die Informationstafel bleibt vor Ort.

## **TOP 5 – ERINNERUNGSZEICHEN FÜR NS-STUDENTENEINSATZ (DS/0818/IV)**

Herr Burchard stellte einen Antrag zur Kennzeichnung des Gebäudekomplexes Charlottenstraße 90 / Friedrichstraße 34 mit einer Informationstafel. Von 1940 bis 1943 verpflichtete das dort ansässige Gau-Arbeitsamt zwischen 500 und 1.000 Studierende zur Mitarbeit bei der Erfassung und Beschlagnahme von mehreren 100.000 landwirtschaftlichen Kleinbetrieben in den „eingegliederten Ostgebieten“. Ziel war die Deportation der BewohnerInnen, um die geplante Germanisierung dieser Gebiete voranzutreiben. Außerdem wurde das Gebäude von der Organisation Todt genutzt, die auch Zwangsarbeiter rekrutierte. Herr Burchard hatte bereits mehrmals ergebnislos die Bundesagentur für Arbeit angeschrieben, die auch heute diese Gebäude nutzt und um Unterstützung dieses Projekts gebeten.

Die Kommissionsmitglieder befürworteten den Antrag von Herrn Burchard, waren aber einhellig der Meinung, dass der Ort, die dort ansässigen Institutionen und die Ereignisgeschichte, die von diesem Ort ausgegangen ist, noch intensiver erforscht werden müssen und dass die angesprochenen Fragestellungen und ihre erinnerungspolitischen Dimensionen weit über die Handlungsmöglichkeiten der Kommission hinausreichen. Dabei ist zusätzlicher fachlicher Rat und die Einbettung der Vorhaben in komplexere institutionelle Zusammenhänge unbedingt notwendig. Ergebnis sollte eine dauerhafte Erinnerung vor Ort, vielleicht sogar eine Ausstellung sein. Es wurde vorgeschlagen, dabei die Unterstützung der Stiftung Topographie des Terrors und die Beratung von Prof. Dr. Rüdiger Hachtmann zu suchen. Herr Jösting-Schüßler wird das Anliegen als Antrag in die nächste Sitzung der BVV einbringen.

Nachtrag:

BVV 28.08.2013

Die Bezirksverordnetenversammlung beschließt:

Das Bezirksamt wird beauftragt, geeignete Schritte einzuleiten, um am Sitz des ehemaligen Arbeitsamtes, der jetzigen Arbeitsagentur in der Charlottenstraße, die Geschichte dieses Ortes, insbesondere bezogen auf den in der Nazizeit dort organisierten Einsatz von Studierenden u. a. bei der Erfassung und Beschlagnahme von mehreren 100.000 landwirtschaftlichen Betrieben in Westpolen und später auch in Zentralpolen und in der Ukraine zu dokumentieren. Dabei soll das Bezirksamt auch die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur suchen.

Begründung:

Die Beschlussempfehlung folgt einer Bitte der Gedenktafelkommission. Von 1940 bis 1943 verpflichtete das damalige Arbeitsamt in der Charlottenstraße zwischen 500 und 1.000 Studierende zur Mitarbeit bei der Erfassung und Beschlagnahme von mehreren 100.000 landwirtschaftlichen Kleinbetrieben in den "eingegliederten Ostgebieten". Ziel war die Deportation der BewohnerInnen, um die geplante Germanisierung dieser Gebiete voranzutreiben.

## **TOP 7 – TEXT FÜR STRASSENAMENZUSATZSCHILD FÜR DEN FROMET-UND-MOSES-MENDELSSOHN-PLATZ (DS/0176/IV)**

Die Mitglieder der Gedenktafelkommission einigten sich auf den Text für das Straßennamenerläuterungsschild:

„benannt zu Ehren des Ehepaars Fromet Mendelssohn, geb. Gugenheim (1737-1812) und Moses Mendelssohn (1729-1786)“

Es wurde vorgeschlagen dem Jüdischen Museum Berlin die Anbringung einer Informationstafel nahe zu legen, die den Zusammenhang zwischen dem Ort und der Platzbenennung erläutert.

## **TOP 8 – TEXTABSTIMMUNG GEDENKTAFEL GUTSCHOW-KELLER (DS/0422/IV)**

Der Text der Gedenktafel soll lauten:

„Friedrichstraße 234 – Gutschow-Keller  
Von März bis Mai 1933 richtete die SA (die „Sturmabteilung“ der NSDAP) hier eines der ersten Konzentrationslager Berlins ein. Die Brüder Hermann und Paul Gutschow, Lebensmittelhändler und Besitzer des auf der anderen Straßenseite gelegenen Hauses Friedrichstraße 17 hatten der SA Kellerräume im 2. Hof des im Krieg zerstörten Gebäudes Friedrichstraße 234 zur Verfügung gestellt. Hunderte Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Kommunisten und Juden wurden dort gefangen gehalten und gefoltert. Mindestens zehn Opfer überlebten die Misshandlungen nicht.“

Die Angabe „zehn Opfer“ soll noch verifiziert werden.

Es wurde die Frage aufgeworfen, ob es möglicherweise eine Verbindung zwischen dem Gutschow-Keller und der in unmittelbarer Nähe liegenden Gauleitung in der Hedemannstraße gab.

## **TOP 9 – GEDENKVERANSTALTUNG NOVEMBERPOGROME / EINWEIHUNG EDITH-KISS-STRASSE (DS/0029/IV), (DS/0632/IV)**

Es wurde geplant, die diesjährige Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an die Novemberpogrome mit der Einweihung der Edith-Kiss-Straße zu verbinden und sie nach Möglichkeit in den Räumen des einzigen Anliegers der Straße, der Mercedes-Benz-Vertriebszentrale, stattfinden zu lassen. Die Hauptrede sollte der Biograf von Edith Kiss halten.

Nachtrag: Diese Empfehlung der Gedenktafelkommission wurde vom Ausschuss für Kultur und Bildung am 3. September 2013 nicht aufgenommen. Stattdessen soll es zwei getrennte Veranstaltungen zur Erinnerung an die Novemberpogrome in der Synagoge Fraenkelufer und zur Benennung der Edith-Kiss-Straße in der Mercedes-Benz-Vertriebszentrale geben. Die Novemberpogrom-Gedenkveranstaltung findet nun am 8. November um 15 Uhr in der Synagoge Fraenkelufer statt, die Einweihung der Edith-Kiss-Straße ist noch in Planung (Termin voraussichtlich im Dezember 2013/Januar 2014).

## **TOP 10 – BENENNUNG VON STRASSEN NACH LSBTI-AKTIVISTINNEN (DS/0475/IV)**

Das Bezirksamt soll neue Straßen und Plätze nach LSBTI-Aktivistinnen benennen. Weil es in absehbarer Zeit keine Straßen und Plätze zu benennen gibt, diskutierte die Kommission die Frage einer bereits vorzunehmenden Vorauswahl. Gegen eine Vorauswahl wurde die wünschenswerte Beteiligung der AnwohnerInnen bei Straßennamensfindungen eingewandt.

## TOP 11 – VERSCHIEDENES

Das Projekt des Künstlers Ben Wagin wurde vorgestellt, der in Erinnerung an das Themenjahr 2013 – Zerstörte Vielfalt eine Granitplatte als Denkzeichen im Park am Gleisdreieck (auf dem Gelände des ehemaligen Anhalter Güterbahnhofs) verlegen will. Auf der Platte stehen die zentralen Daten: 1933/ 1938/ 1945. Der Künstler und die Kulturprojekte Berlin GmbH möchten in allen Berliner Bezirken solche „Denkzeichen“ verlegen, in Charlottenburg-Wilmersdorf und Reinickendorf ist dies bereits erfolgt, weitere werden in Spandau und Neukölln folgen. Die Baumpflanzung, die als Zeichen neuen Lebens die Verlegung dieser Denkzeichen immer begleitet, wurde im Park am Gleisdreieck bereits vorgenommen. Die Herstellung und Verlegung der Granitplatte müsste der Bezirk mit 1000 bis 2000 Euro finanzieren.

Die Mitglieder der Gedenktafelkommission diskutierten den Projektvorschlag ausführlich. Sie kritisierten die Reduzierung der Inschrift auf drei Jahresdaten und vermissten einen konkreten lokalen Bezug. Sie waren der Meinung, dass ein dezentrales Erinnerungsprojekt wie die Stolpersteine weniger abstrakt und aussagekräftiger sei. Es wurde angemerkt, dass der Vorschlag an das Landschaftskunstwerk „7000 Eichen – Stadtverwaltung statt Stadtverwaltung“ (1982) des Künstlers Joseph Beuys erinnert.

In Anbetracht der notwendigen Mittel seitens des Bezirks zur Finanzierung des Vorschlags sieht die Kommission keine Realisierungsmöglichkeiten.

Protokoll: Christiana Hoppe